

Haushaltsrede 2010
Heinrich Jöckel,
Vorsitzender der CDU-Stadtratsfraktion,
01.03.2010
- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Dr. Lohse,
sehr geehrter Herr Zeiser,
meine Damen und Herren,

Haushalt in Zeiten der Krisen und Haushaltskrise – mit diesen Schlagwörtern lässt sich kurz und prägnant umreißen, wie der heute von uns hier im Rat zu beschließende Haushalt 2010 im Gesamtkontext zu bewerten ist.

Haushalt in Zeiten der Krisen – damit meine ich in erster Linie die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise. Sie wird noch lange auf sämtliche öffentliche Haushalte und vor allem auf den nationalen Arbeitsmarkt nachwirken.

Waren wir Ende 2009 noch zuversichtlich, dass das Schlimmste überstanden sei, erfassten mit der griechischen Haushaltskrise neue Turbulenzen den gesamten EU-Wirtschaftsraum und die Weltwirtschaft. Die Finanz- und Aktienmärkte reagierten bereits entsprechend empfindlich mit sinkenden Kursen. Das Vertrauen in den Euro droht nachhaltigen Schaden zu nehmen. Wie die gerade sich ansatzweise erholende Konjunktur diesen erneuten Schlag gegen die wirtschaftliche Stabilität verkraften wird, bleibt abzuwarten. Die Europäische Union ist gefordert, mit ihren Instrumenten diese Krise zu meistern und die Folgen sowie Belastungen für die Staatshaushalte der einzelnen Mitgliedsstaaten so gering wie möglich zu halten.

Das griechische Haushaltsdebakel traf die EU-Mitgliedsstaaten mit voller Wucht und absolut unerwartet. Erneut wird deutlich, wie global vernetzt und abhängig wir mittlerweile sind und wie schnell eine gerade einsetzende Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage durch ein derartiges Ereignis eingetrübt werden kann.

Nach alledem muss man davon ausgehen, dass der Aufschwung in 2010 kein steiler sein wird. Er wird vielmehr „zur Seite treten“. Wir werden uns also nur entsprechend langsam aus dem Konjunkturtal bewegen. Einmal mehr ruht dabei die Hoffnung auf dem Export. Insbesondere den Märkten in Fernost, allen voran China, kommt dabei eine große Bedeutung zu. Dennoch ist im Laufe des Jahres ein Anstieg der Arbeitslosigkeit in Deutschland und somit auch in Ludwigshafen mehr als wahrscheinlich – mit all ihren Folgen und Belastungen für unseren Haushalt.

Aber auch die Haushaltskrise – also die Krise der kommunalen Haushalte – hat uns nach wie vor fest im Griff. Sie wird durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise derzeit dramatisch verstärkt. Gekennzeichnet wird die Situation

1. durch Rekorddefizite bei allen kommunalen Haushalten,
2. durch eine explodierende Verschuldung auch durch kurzfristige Kreditaufnahmen,
3. durch den stärksten Steuerrückgang seit Jahrzehnten und
4. durch ungebremst steigende Sozialausgaben.

Unzählige Resolutionen und Appelle wurden in der Vergangenheit von den Kommunen und ihren Spitzenverbänden an die Verantwortlichen in Bund und Land gerichtet. Auch

hier im Stadtrat Ludwigshafen haben wir vor wenigen Monaten eine Resolution verabschiedet. Zuletzt hat der Deutsche Städtetag Anfang Februar diesen Jahres und im Rahmen der Präsidiumssitzung in unserer Stadt vor wenigen Tagen Alarm geschlagen und einen Hilferuf an Bund und Länder gerichtet, die strukturellen Haushalts- und Finanzprobleme der deutschen Städte endlich entschieden im Reformwege anzugehen. Die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission zur Zukunft der Gemeindefinanzen ist ein kleiner Silberstreifen am Horizont, dass sich etwas bewegen könnte – mehr aber auch nicht.

Unbestrittener Fakt ist: Aus eigener Kraft allein kann unsere Stadt die Haushaltsmisere nicht bewältigen. Es ist unmöglich, in absehbarer Zeit wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Die im Rahmen der Doppik erstellte Eröffnungsbilanz macht deutlich: In kurzer Zeit wird unser städtisches Vermögen durch die anfallenden Verluste aufgezehrt sein. Damit wäre letztendlich der städtische Bankrott bilanziell festgestellt.

Wir brauchen unbedingt eine Entlastung bei den drückend hohen Sozial-, Kinder- und Jugendhilfeausgaben, die Bund und Länder zu Lasten der Kommunen in den zurückliegenden Jahren immer mehr ausgeweitet haben.

Das Konnexitätsprinzip – „wer bestellt, bezahlt“ – muss endlich Eins zu Eins umgesetzt werden. In Artikel 49 der rheinland-pfälzischen Landesverfassung ist dieses Prinzip mittlerweile fest verankert. Danach hat das Land die Verpflichtung, im Falle der Übertragung neuer Aufgaben den Kommunen einen entsprechenden finanziellen Ausgleich zu schaffen. Ebenso hat das Land die Verpflichtung, die Finanzkraft der Kommunen zur Erfüllung der eigenen und der übertragenen Aufgaben im Wege des Lasten- und Finanzausgleichs zu sichern. Es spricht vieles dafür, dass das derzeitige System nicht nur aus der Balance ist, sondern gegen die Landesverfassung verstößt. Eine Initiative des rheinland-pfälzischen Städtetags mit dem Ziel einer Verfassungsklage beim Staatsgerichtshof Rheinland-Pfalz wird von uns daher nachdrücklich unterstützt.

In jedem Fall wir brauchen eine verlässliche Einnahmehasis, die die grundgesetzlich garantierte Selbstverwaltung sichert. Dies wird nur mit einer umfassenden Reform der Finanzbeziehungen zwischen den Kommunen auf der einen Seite und Bund und Ländern auf der anderen Seite gelingen. Lediglich ein Drehen an einzelnen Schrauben – etwa dem Gewerbesteuerrecht – wird nicht den erhofften Erfolg bringen, sondern wäre schlicht und ergreifend Murks.

Ein Niedergang der Städte, ein Veröden des Stadtlebens ist im Wortsinne brandgefährlich. Das zeigen Beispiele aus dem Ausland. Städte sind die Keimzellen unserer Gesellschaft. Hier erfahren sich die Menschen als Bürger und als Mitglieder eines Gemeinwesens. Fehlt diesen Zellen die nötige Finanzkraft, werden diese Zellen beschädigt mit unübersehbaren Folgen für unsere Gesellschaft.

Deswegen braucht unser Land handlungsfähige Städte. Wir wollen als Stadt wieder mehr Handlungsfähigkeit gewinnen. Die Menschen haben Vertrauen in zahlreiche kommunale Leistungen, die Tag für Tag von der Verwaltung und ihren Mitarbeitern erbracht werden. Diese Leistungen wollen wir auch in Zukunft in guter Qualität erbracht wissen. Dies gilt etwa für den Ausbau der Kinderbetreuung oder die Ertüchtigung unserer Schulen.

Der Ruf nach einer umfassenden Reform ist das Eine, welchen eigenständigen Beitrag wir in der Kommune hierzu leisten, um die Haushaltsmisere zu mildern und Reformen

vorzubringen, das Andere. Für die CDU-Stadtratsfraktion stehen dabei folgende drei Ziele im Vordergrund:

1. Wir setzen weiter darauf, den begonnenen Haushalts- und Konsolidierungsprozess fortzusetzen,
2. wir wollen Zeichen setzen, dass es uns mit dem Sparen Ernst ist,
3. die absolut notwendigen Lebensadern im Gemeinwesen unserer Stadt dürfen dabei nicht endgültig gekappt werden.

Seit 1992/93 dreht die Verwaltung Sparrunde um Sparrunde. Seit 2000 sind die Fraktionen intensiv in diesen Prozess eingebunden.

Ein weiterer Schritt in diesem Gesamtprozess ist der im letzten Jahr vollzogene Einstieg in ein Kosten- und Aufwands-Benchmarking. Mit Unterstützung von PWC ermittelte die Verwaltung über alle Bereiche hinweg ein bis 2013 zu realisierendes Einsparpotential von 18,6 Millionen Euro.

Wir unterstützen und fördern auch diesen Prozess.

Wir vertrauen darauf, dass dieser Prozess mit all seinen Einzelschritten in allen Bereichen der Verwaltung greift und umgesetzt wird. Wir setzen darauf, dass alle Verantwortlichen in der Verwaltung entsprechend konstruktiv und Ziel führend mitarbeiten und dem Prozess zum erhofften Erfolg verhelfen. Die CDU-Stadtratsfraktion wird dabei alle von der Verwaltung unterbreiteten Vorschläge konstruktiv begleiten. Wir sind bereit, Beschlüsse herbeizuführen und mitzutragen, die unpopulär sind und die die Bürger unmittelbar zu spüren bekommen. Wir geben der Verwaltung diesen Vertrauensvorschuss mit auf den Weg in der Hoffnung, nicht enttäuscht zu werden.

Neben dem Bekenntnis zum Haushaltskonsolidierungs- und Benchmarkprozess, muss nach unserem Dafürhalten auch die Politik Zeichen des Sparens setzen. Unser Schwerpunkt liegt hier bei den Investitionen. Die laufenden Ausgaben bieten insoweit kein auf den ersten Blick auszumachendes Einsparpotential. Gerade dies ist eine der Erkenntnisse der zurückliegenden Sparrunde und war der Grund, den von mir bereits angesprochenen Benchmarkprozess anzustoßen. Einsparvorschläge, die wahllos auf einzelne Haushaltsstellen abzielen, sind wenig zielführend. Sie täuschen Sparmöglichkeiten vor und sind unter dem Strich nur Augenschwermerei. In diese Kategorie ordnen wir auch die Änderungsanträge der FDP-Fraktion zum Haushalt ein und erteilen ihnen eine Absage.

Abspecken, schieben, streichen heißt die Devise. Dies gilt auch für geförderte Maßnahmen. Das „süße Gift“ der Subvention darf nicht immer zu Ausgaben „auf Teufel komm raus“ führen. Was nutzt uns eine kalkulatorische Höchstförderung von 80 Prozent, wenn wir also in jedem Fall auf 20 Prozent der förderfähigen Kosten, oft genug jedoch auf 30 bis 40 Prozent der tatsächlichen Kosten sitzen bleiben? Dieser „Selbstbehalt“ muss ausnahmslos fremd finanziert werden, Zins- und Tilgung zahlen wir alle, in erster Linie doch die nachfolgenden Generationen. Deshalb sind wir in einen intensiven Abwägungsprozess eingestiegen. Wir haben alle geplanten Investitionen auf den Prüfstand und uns folgende Fragen gestellt: Was muss unbedingt sein? Was ist verzichtbar, was kann geschoben werden? Was wäre lediglich schön zu haben?

Als Ergebnis dieser Überlegung und Abwägung tragen wir die Abstriche im Investitionsbereich, wie sie bereits veranschlagt sind, mit. Dazu gehört die Reduktion bei der Umgestaltung der Rheinpromenade und auch das Verschieben der Umgestaltung des Bürgerhofes auf 2011 oder später. Der Umbau der Stadtbibliothek ist von uns gewollt.

Aber auch hier stehen wir zu einer Reduktion des Aufwands im Vergleich zu den ursprünglichen Planungen.

Reduziert wird auch das Gesamtvolumen des Straßenausbauprogramms. Statt 4,3 Millionen in 2009 sollen 2010 nur noch 2,17 Millionen ausgegeben werden. Statt eines Moratoriums, wonach Maßnahmen über 300.000,- Euro nach 2011 geschoben werden sollten, hat die Verwaltung Alternativvorschläge erarbeitet. Sie hat Projekte benannt, die geschoben werden können und die im Ergebnis den gleichen finanztechnischen Effekt erzielen und somit helfen, die Darlehensaufnahme durch die Stadt zu mindern. An dieser Stelle danke ich allen Ortsvorstehern und den Ortsbeiräten für ihr Verständnis und die durchweg konstruktive Diskussion. Die CDU-Stadtratsfraktion ist sich bewusst, dass man vor Ort äußerst aufmerksam die Dinge beobachtet und die Bereitschaft, vorübergehend auf wichtige Straßenausbaumaßnahmen im eigenen Stadtteil zu verzichten, ihre Grenzen hat.

Keinerlei Mittel werden 2010 für die Sanierung der Hochstraße Nord bereitgestellt. Dies wird von uns so ausdrücklich mitgetragen. Wir sind uns darüber im Klaren, dass hier eine Investitionszeitbombe tickt. Jedes Jahr unterlassener Sanierung erhöht die tatsächlich entstehenden Sanierungskosten. Dieses Straßenbauwerk aber hat eine weit über die Stadt hinausgehende hervorragende Bedeutung. Es ist wichtiger Pfeiler in der regionalen Infrastruktur rechts und links des Rheines. Deswegen ist unsere Forderung nach einer Maximalförderung durch Bund und Land nach wie vor gerechtfertigt.

Das Land hat Presseberichten von Anfang diesen Jahres zufolge zur Sanierung der beiden Rheinbrücken der Stadt Koblenz 70 % Förderung in Aussicht gestellt. Es erkennt dort ausdrücklich die Wichtigkeit dieser Rheinquerungen an und spricht von Lebensadern Originalton Staatssekretär Schweitzer: Wenn solch zentrale Verbindungen ausfallen, bedeutet dies ein Verlust an Verkehrsfluss und damit an Lebensqualität. Dem ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen. Was aber meine Damen und Herren für die Stadt der Bundesgartenschau Recht ist, muss für das wirtschaftliche Kraftzentrum des Landes mitten in der Metropolregion Rhein Neckar billig sein.

Um es klar zu sagen:

Ohne dass die Eckwerte einer derartigen Maximalförderung feststehen, bleibt eine Sanierung der Hochstraße Nord auf Eis gelegt. Dabei wird der erforderliche Millionenaufwand für Sicherungsmaßnahmen an Teilen des Brückenbauwerks von uns ebenso in Kauf genommen wie in letzter Konsequenz auch eine Totalsperrung dieser wichtigen Verkehrsachse aus Sicherheitsgründen.

Die Akzente des Sparens und Verzichtens setzen wir in erster Linie im investiven Bereich. Unsere Botschaft: Es kann nicht mehr alles gebaut werden, was wünschenswert ist. Und: Gegebenenfalls verzichten wir auch auf Fördermittel von Land, Bund oder der Europäischen Union.

Wenig Möglichkeiten sehen wir, die Einnahmeseite zu verbessern. Eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes kommt nach wie vor für uns nicht in Betracht und wird entschieden abgelehnt. Sie wäre angesichts der Verflechtungen und der Systematik – Stichwort: Gewinnabführungsverträge - absolut kontraproduktiv. Im Gegenteil: Wir müssen sehr genau darauf achten, dass die national und weltweit möglichen steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten bei unserem größten Gewerbesteuerzahler sich nicht für unsere Stadt nachteilig auswirken.

Die geplante Erhöhung der Grundsteuer und die Anpassung zahlreicher Gebühren und Entgelte sind moderat und nach unserem Dafürhalten den Bürgerinnen und Bürgern, wenn auch schweren Herzens, zumutbar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, weniger als 10 Prozent des Ergebnishaushaltes, des früheren Verwaltungshaushaltes, entfallen auf die so genannten freiwilligen Leistungen. Es sind aber gerade diese freiwilligen Leistungen, mit denen wir Kommune gestalten und viele Lebensadern dieser Stadt pulsieren lassen. Wir sprechen hier von nahezu allen Bereichen kommunaler Betätigung. Im Sozial-, Kinder- und Jugendbereich, in Kultur- und Sport – überall tragen in Vereinen, Initiativen und bei den freien Trägern Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt durch ihr ehrenamtliches Engagement zu einer lebenswerten Stadtgesellschaft bei. Dies wollen wir auch in Zukunft sicherstellen. Deswegen verzichten wir – wie bereits in den Vorjahren – in diesen Bereichen auf weitere Kürzungen. Die Zuschüsse und Förderungen bleiben in ihrer Höhe unverändert.

Auch 2010 bleiben die Bereiche Schule und Bildung sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf einer unserer ausgewiesenen Schwerpunkte.

Bei den Schulen wird das Investitionsprogramm mit 8,54 Millionen Euro im Vergleich zu 2009 um 2.5 Millionen Euro reduziert, aber weiter gefahren. Die wichtigsten Vorhaben sind hier:

- der Neubau der Georgensschule,
- die Einrichtung der dritten integrierten Gesamtschule in Edigheim,
- die Einrichtung der Bliesgrundschule als Ganztagschule,
- die Fertigstellung des Gastronomiebereichs bei der Berufsbildenden Schule Technik II,
- die Sanierung naturwissenschaftlicher Räume.

Zu diesen Projekten zählt auch die Erich-Kästner-Schule. Durch intelligente Ausschöpfung verschiedener Fördermöglichkeiten ist hier ein Weg zur Finanzierung dieser dringend erforderlichen Sanierung gefunden. Auch der Neubau einer weiteren Grundschule im Stadtteil Süd mit angeschlossenen Hort- und Betreuungsangebot wird von uns weiter verfolgt. Hier wird ein Realisierungs- und Finanzierungsweg mit Hilfe der GAG angestrebt, der erst nach 2011 haushaltswirksam werden wird.

Das Programm zum Ausbau des Kinderbetreuungsangebots wird wie geplant umgesetzt. Auch das hierzu erforderliche Personal muss gefunden werden. Dabei sind wir uns bewusst, dass die Verpflichtung von bis zu 80 entsprechend qualifizierten Erziehern und Erzieherinnen eine enorme Herausforderung darstellt.

Das schreckliche Ereignis vor wenigen Tagen an der Berufsbildenden Schule Technik II hat uns alle erschüttert und wirft viele Fragen zur Prävention auf. Gerade dieser Fall hat gezeigt: Es gilt besonnen zu reagieren. Eine Forderung nach flächendeckender Schulsozialarbeit ist in diesem Zusammenhang nicht zwingend schlüssig, da diese schreckliche Einzeltat in einem weitaus größeren gesellschaftlichen Kontext zu sehen ist. Die bereits bestehende Schulsozialarbeit ist absolut wichtig und wird von uns mit getragen. Aber: Als pädagogische und schulpsychologische Unterstützung von Schülern ist Schulsozialarbeit jedoch originäre Aufgabe des Landes. Sie obliegt nicht den kommunalen Schulträgern und ist keine städtische Aufgabe. Das Land muss hier voll und ganz die Finanzierung übernehmen. Dies gilt erst recht im Hinblick darauf, dass die Realschule Plus und die Integrierte Gesamtschule künftig die Regelschulen in Rheinland-Pfalz sind.

Ludwigshafen als Beschäftigungs-, Innovations-, Wirtschafts- und Wohnstandort weiter voranzutreiben, dies war in der Vergangenheit und bleibt auch 2010 unser Ziel. Für die Kommunalpolitik gilt es unverändert die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen, um möglichst viele Initiativen Dritter in die Stadt zu holen. Die Erfolge der jüngeren Vergangenheit tragen eindeutig die Handschrift der CDU und werden zunehmend für jedermann sichtbar. Stichwortartig möchte ich hier nur erwähnen:

- die Ärztehäuser in der Pfingstweide und in der Gartenstadt,
- das Gesundheitszentrum im Rheinufer Süd,
- die Baufortschritte im Neubruch, im Rheinufer Süd und auf der Parkinsel,
- der Durchbruch bei der FH-Erweiterung,
- der Stadtumbau, der weiter Formen annehmen wird. Mit 2,9 Millionen Euro Fördermitteln generieren wir hier 47,2 Millionen private Investitionen.
- die Ansiedlung von Vögele, Autohaus Scheller und Bäckerei Görtz
- und die ECE Rheingalerie.

Allein hier – man kann es nicht oft genug in der Öffentlichkeit wiederholen – werden 230 Millionen Euro privates Geld investiert. Hartnäckig hält sich dem gegenüber bei den Menschen in der Stadt die Vorstellung, hier investiere die Stadt und hier wolle sich jemand ein Denkmal setzen. Dies ist einfach unsinnig. Richtig ist doch: Ein Investor glaubt an den Standort Ludwigshafen. Er glaubt, dass er zusätzliche Kaufkraft hierher holen und dauerhaft binden kann. Dies muss uns doch zuversichtlich und – ich sage es ganz offen – auch etwas stolz machen. Umso unverständlicher sind mir immer noch die vielleicht für viele Ludwigshafener typischen skeptischen Reaktionen: Doss kann nix werre! Wer soll dann dort higehe! Usw.

Ich denke, etwas mehr Selbstbewusstsein und Überzeugungskraft täte uns hier gut. Wenn nicht wir von der Zukunftsfähigkeit Ludwigshafens überzeugt sind, wie wollen wir andere überzeugen und für unsere Stadt gewinnen? Auch hier gilt: Psychologie ist die halbe Miete! Aktiv und positiv für Ludwigshafen zu werben, darin sehe ich eine wichtige Aufgabe gerade auch der kommunalen Politik.

Der Haushalt 2010 schafft hierzu den richtigen Rahmen und setzt die nach unserer Ansicht richtigen Schwerpunkte. Wir stimmen dem Entwurf in der heute vorgelegten Form zu.

Zum Schluss danke ich allen, die bei der Erarbeitung des Etats beteiligt waren, allen voran dem Kämmerer, Herrn Bürgermeister Zeiser, und seinen Mitarbeitern. In meinen Dank beziehe ich aber auch alle anderen Mitarbeiter in den Dezernaten ein, die sich und ihre Vorstellungen in die Diskussion eingebracht haben.

Die Umstellung auf die Doppik und die Erstellung der Eröffnungsbilanz waren ein Kraftakt. Dafür nochmals ausdrücklich meinen Dank und meine Anerkennung.

Allerdings dürfen Doppik und Bilanzierung kein Selbstzweck sein. Für uns Räte bedarf es noch einiger Optimierungen, um das Verfahren nachvollziehbar zu gestalten und sich dem Ziel einer besseren Steuerung des Ressourcenverbrauchs entscheidend zu nähern. Auch daran sollten wir in den nächsten Monaten arbeiten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.